

Blick auf jene Kirchen, in denen die Ziele der Unterschriftenaktion bereits erfüllt sind, zeige, daß „der Schwund an christlicher Substanz dort nicht geringer ist als bei uns“. Der heutige Gläubige sei sowohl der Tradition als auch dem modernen Denken verpflichtet. Gelingen die Integration beider, „lösen sich die anderen Probleme von selbst“.

Alle diese Nachdenklichkeiten im internen Bereich werden überschattet von einem *medialen Trommelfeuer*, das durch die Affäre Groer und durch das nachfolgende Kirchenvolks-Begehren bisher ungeahnte Höhepunkte erreicht hat. Vor allem die Wochenmagazine, die sonst auf Skandale und Busenoberweiten spezialisiert sind, aber nicht nur sie allein, haben die Kirche als ausschlagbares Thema entdeckt. So ist der Zorn verständlich, der

den früheren ORF-Generalintendanten *Gerd Bacher* bei einem Interview erfüllte: „Am Fall Groer ist mir widerlich, daß wieder einmal in Österreich am Schicksal der Kirche am meisten die Heiden interessiert sind – also diese Atheisten-Runde in ‚News‘ und ‚profil‘ und andere Ungäubige.“

Der „Rheinische Merkur“ hieb kürzlich in einer polemischen Abrechnung mit Österreichs Katholizismus in eine ähnliche Kerbe. Das Blatt ging allerdings noch viel weiter, als es sich verstieg, der „liberalen“ Ägide Kardinal Königs „Laschheit im Grundsätzlichen“ und sogar „tiefschwarzen Atheismus“ vorzuwerfen, während Bischof Krenn die „dogmatische Unangreifbarkeit seiner Position“ bescheinigt wird. Da wird offenkundig und ganz bewußt eine Verfälschung der Wirklichkeit betrieben.

F. C.

land“; dabei inspiriere sie sich an der Erfahrung des ersten Jahrtausends.

Selbstkritik als Weg zur Einheit

Patriarch Bartholomaios äußerte in einem Gespräch mit der Bologneser Zeitschrift „Il regno“ (15.6. 95) seine Freude über die Aussagen von „Orientale Lumen“ zu Theologie, Spiritualität und Mönchstradition der Ostkirche. Gleichzeitig kritisierte er aber, daß der Text die „unierten“, mit Rom verbundenen Kirchen des östlichen Ritus ekklesiologisch auf das gleiche Niveau hebe wie die Orthodoxen Kirchen. Außerdem beklagte er einen „paternalistischen“ Ton des Schreibens; der Rest der Christenheit werde darin nach dem römischen Wahrheitsanspruch als Maßstab beurteilt.

Bartholomaios I. wurde im Oktober 1991 in sein jetziges Amt gewählt. Im Mai 1992 fand unter seinem Vorsitz das erste Treffen der Oberhäupter aller Orthodoxen Kirchen seit 1948 statt. Seither hat der neue Ökumenische Patriarch fast alle autokephalen bzw. autonomen Orthodoxen Kirchen besucht, so etwa 1993 die Patriarchate von Alexandrien und Antiochien sowie die russische, serbische, rumänische und bulgarische Kirche. Erst nach den Besuchen bei den Patriarchen der orthodoxen Kirchenfamilie konnte das Treffen zwischen dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel und dem Bischof von Rom stattfinden.

Rom war für den 55jährigen Bartholomaios im übrigen kein fremdes Pflaster. Er absolvierte einen Teil seiner theologischen Studien am Päpstlichen Orientalischen Institut und wohnte während dieser Zeit im Französischen Seminar in Rom, das er bei seinem jetzigen Aufenthalt auch aufsuchte. Schon vor seiner Wahl zum Ökumenischen Patriarchen pflegte Bartholomaios Kontakte zur in Rom angesiedelten Gemeinschaft von Sant'Egidio, mit deren Verantwortlichen er bei seinem Besuch auch zusammentraf. Diese Gemeinschaft, in letzter Zeit vor

Ökumene: Patriarch Bartholomaios in Rom

Vom 27. bis 29. Juni besuchte der seit 1991 amtierende Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. Rom und traf mit Johannes Paul II. zusammen. Beide bekräftigten den Willen zur Einheit; die kirchliche Wirklichkeit ist aber so beschaffen, daß dieser Wunsch in absehbarer Zeit nicht in Erfüllung gehen wird.

Fast acht Jahre nach dem Rombesuch des Ökumenischen Patriarchen *Dimitorios I.* (vgl. HK, Januar 1988, 47) traf jetzt sein Nachfolger, Patriarch *Bartholomaios I.*, in Rom mit Johannes Paul II. zusammen. Zwischen diesen beiden Begegnungen von Papst und Ökumenischem Patriarchen liegt die Wende im früheren Ostblock mit ihren bekannten Auswirkungen auf das katholisch-orthodoxe Verhältnis: Streit um die Rolle der katholischen Ostkirchen nach ihrer offiziellen Wiedezulassung und um vermeintliche katholische Expansionsbestrebungen auf Kosten der angestammten Orthodoxie; Unterbrechung des theologischen Dialogs zwischen den beiden Kirchen und Bemühungen zur Entkrampfung der zeitweise äußerst gespannten Beziehungen.

Kurz vor dem Besuch Bartholomaios' I. in Rom erschienen gleich zwei *päpstliche Dokumente*, die sich ganz oder teilweise mit der Orthodoxie befassen und ausdrücklich um den Brückenschlag zum Osten bemüht sind. Das Apostolische Schreiben „Orientale Lumen“ (vgl. HK, Juni 1995, 333) singt in hohem Ton das Lob vor allem des östlichen Mönchtums und ruft zur Begegnung und zur Zusammenarbeit zwischen West- und Ostkirche auf. Die Ökumenezyklika „Ut unum sint“ (vgl. HK, Juli 1995, 345 f.) würdigt die Entwicklung der katholisch-orthodoxen Beziehungen seit dem Durchbruch des Zweiten Vatikanums und stellt fest (Nr. 61), die katholische Kirche wolle „nichts anderes als die volle Gemeinschaft zwischen Orient und Abend-

allem durch ihre Vermittlungsbemühungen in der Krise Algeriens bekannt geworden (vgl. HK, Januar 1995, 6), organisierte im übrigen die Begegnung des Ökumenischen Patriarchen mit römischen Jugendlichen in Santa Maria in Trastevere am ersten Tag seines Romaufenthaltes.

Höhepunkt des Besuchs war die Eucharistiefeyer am 29. Juni, dem Fest der Apostel Petrus und Paulus, in der Peterskirche, an der Patriarch Bartholomaios teilnahm. In seiner Predigt (*Osservatore Romano*, 30.6./1.7.95) ging er nicht direkt auf das katholisch-orthodoxe Verhältnis ein, sondern sprach allgemein von der Notwendigkeit von Selbstkritik und Reue als obersten christlichen Tugenden. Dabei gehe es nicht darum, festzustellen, wer als erster und wer als letzter, wer mehr und wer weniger Fehler begangen habe. Bartholomaios knüpfte an die Praxis des „Selbsttadels“ in der Väterzeit an, wonach jeder auch die Sünden und Verirrungen des Bruders auf sich nehmen müsse und nannte den „Primat der kenotischen Ethik“ als Bedingung für die Wiederherstellung der Einheit im Glauben.

Johannes Paul II. zitierte dagegen in seiner Predigt die berühmte Petrus-Stelle aus dem 16. Kapitel des Matthäusevangeliums und fuhr fort: „Dies sind erschütternde Worte. Die Autorität, die Christus den Aposteln übermitteln – und zwar die der Schlüssel des Himmelreiches und die Binde- und Lösegewalt –, ist diesen in der Person des Petrus und in Einheit mit ihm gegeben worden.“ Den Abschluß der Papstpredigt bildete der beschwörende Aufruf: „Wir können nicht getrennt bleiben! Wir müssen den Weg gemeinsam gehen, denn dies ist der Wille unseres Herrn.“

Im Zusammenhang mit der Papstmesse am Fest Peter und Paul wäre es allerdings fast zu einem Eklat gekommen. Unter den Erzbischöfen, denen Johannes Paul II. im Rahmen der Eucharistiefeyer ihr traditionelles Ehrenzeichen, das Pallium, überreichen wollte, war ursprünglich der neue griechisch-katholische Erzbischof von

Pittsburgh (USA), *Judson Michael Procyk*. Wie der „*Corriere della Sera*“ (8.7. 95) berichtete, habe Patriarch Bartholomaios nach Durchsicht der Liste mit den für die Palliumsverleihung vorgesehenen Bischöfe angekündigt, er werde nicht wie vorgesehen an der Papstmesse teilnehmen, wenn es bei der Ehrung des unierten Erzbischofs bleibe. Das Problem wurde dadurch gelöst, daß Erzbischof Procyk das Pallium vom Papst separat am Vorabend des 29. Juni verliehen wurde.

Eine Liste von Appellen

In der *Gemeinsamen Erklärung* von Papst und Ökumenischem Patriarch, die zum Abschluß des Rombesuchs unterzeichnet wurde, ist von den mit Rom verbundenen Ostkirchen mit keinem Wort die Rede. Auch das Dokument der katholisch-orthodoxen Kommission von 1993 über den Uniatismus wird nicht erwähnt. Die Erklärung spricht allerdings davon, daß es „im Lauf der Geschichte und der jüngsten Vergangenheit“ gegenseitige Beleidigungen und Übergriffe gegeben habe und läßt Katholiken wie Orthodoxe dazu ein, „sich gegenseitig zu vergeben und den festen Willen zu bekunden, eine neue Beziehung der Brüderlichkeit und der praktischen Zusammenarbeit herzustellen“.

Ansonsten ist die Erklärung – wie nicht anders zu erwarten – eine Liste von allgemeinen Absichtserklärungen und Appellen: Papst und Ökumenischer Patriarch bekennen sich zur „Sorge um die ganze Menschheit“ und wenden sich gegen jede Diskriminierung aufgrund von Rasse, Farbe, Sprache, Ideologie und Religion. Sie sprechen sich für den Dialog zwischen den christlichen Kirchen und mit den Religionen, vor allem den monotheistischen Religionen, aus und betonen ihr Engagement für die Einheit und Zusammenarbeit unter den Völkern. In diesem Zusammenhang wird die „unverzügliche volle Verwirklichung der europäischen Union“ urgiert, verbunden mit dem Wunsch, deren „Grenzen

mögen noch weiter nach Osten ausgedehnt werden“. Patriarch Bartholomaios hielt im April letzten Jahres eine stark beachtete Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg.

In die Gemeinsame Erklärung hat auch die Ökologie Eingang gefunden. Die beiden Kirchenführer appellieren an alle, „sich mit größter Aufmerksamkeit für das brennende ökologische Problem einzusetzen, um die große Gefahr zu bannen, die heute aufgrund des Mißbrauchs der Ressourcen, die ein Geschenk Gottes sind, die Welt durchzieht“. Dabei handelt es sich um ein wichtiges Anliegen gerade für den Ökumenischen Patriarchen: Bartholomaios I. veröffentlichte schon in seinem ersten Amtsjahr am 1. September 1992 eine Botschaft zum Thema Umwelt; seither wird dieser Tag als orthodoxer Gebetstag für die Bewahrung der Schöpfung begangen.

Bei seiner Begegnung mit der Kurie am zweiten Tag seines Rombesuchs sprach der Ökumenische Patriarch u. a. von den Unterschieden in den Proportionen und den Institutionen im Vergleich seiner Aufgaben mit denen des päpstlichen Verwaltungsapparats. Damit hat er ein entscheidendes Problem, wenn auch vorsichtig-indirekt, benannt: Dem Ökumenischen Patriarchen untersteht nur ein kleiner Teil der orthodoxen Kirchenfamilie, wobei die Zahl der Gläubigen an seinem Sitz in Istanbul, dem alten Konstantinopel, stark zusammengeschrumpft ist. Im Kreis der orthodoxen Kirchenoberhäupter hat der Patriarch von Konstantinopel nur einen Ehrenvorsitz ohne rechtliche Kompetenzen im Sinn eines Jurisdiktionsprimats.

Einheitsvision und kirchliche Wirklichkeit

Bartholomaios I. hat beim Besuch in Rom seine Bereitschaft zur Fortführung des katholisch-orthodoxen Dialogs und zum Ausbau der Zusammenarbeit deutlich bekundet und gleichzeitig offen die bestehenden Probleme angesprochen. In etlichen großen Orthodoxen Kirchen sieht es

mit der ökumenischen Offenheit derzeit aber anders aus: Die russische Kirche möchte auf ihrem Territorium die Tätigkeit anderer Kirchen soweit wie möglich einschränken und betrachtet die katholische Präsenz in ihrem Stammland vor allem als Störfaktor. Die serbische Orthodoxie hat sich durch ihre Fixierung auf eine national-serbische Ideologie selber ins Abseits begeben. Die bulgarische Kirche ist handlungsunfähig, da in zwei Flügel gespalten, und in Rumänien ist der orthodoxen Mehrheitskirche die wiederzugelassene katholische Kirche des byzantinischen Ritus ein Dorn im Auge.

Papst und Ökumenischer Patriarch haben sich in ihrer Gemeinsamen Erklärung nachdrücklich zur weiteren „Pilgerschaft zur vollen Einheit bekannt“ und gleichzeitig dazu aufgerufen, „jede Versuchung zu ungebührlichem Eifer für die eigene Gemeinschaft“ zu vermeiden, „der zu Lasten der anderen ginge“. Ob die gerade auch von Johannes Paul II. gehegte Vision von der Wiederherstellung der vollen Gemeinschaft zwischen Ost- und Westkirche in absehbarer Zeit in Erfüllung geht, bleibt auch nach dem Besuch des Ökumenischen Patriarchen in Rom offen. *U. R.*

den Religionen auseinander...“ – so hieß es in einem Grundlagenpapier aus dem Jahre 1991. Das Modell versteht sich als eine Antwort auf die Tatsache, daß der allergrößte Teil der Kinder und Jugendlichen in Brandenburg ohne Berührung zu den christlichen Kirchen aufwächst.

In eine neue Phase ist die Auseinandersetzung um LER auch deshalb getreten, weil die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ihre im Sommer 1992 unter bestimmten Bedingungen und trotz aus ihrer Sicht fortbestehender rechtlicher Bedenken erklärte Bereitschaft zur Mitarbeit an dem Modellversuch zurückzog. Im Gegensatz zur Evangelischen Kirche war das Erzbistum Berlin auf das Angebot des Landes zur Mitwirkung an dem Modellversuch nicht eingegangen. Der für den Religionsunterricht zuständige Dezernent der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, *Gerhard Zeitz*, begründete den Rückzug mit der Absicht der Landesregierung, den Modellversuch – ohne Beratung mit der Evangelischen Kirche und ohne erkennbare Berücksichtigung eines wissenschaftlichen Gutachtens – als Schulversuch fortführen und sogar ausweiten zu wollen.

Der *Abschlußbericht* der Evangelischen Kirche nennt eine Reihe von Problemfeldern des Modellversuchs, mit denen auch der kirchliche Rückzug begründet wird: Es sei weitgehend nicht gelungen, den Evangelischen Religionsunterricht und Lebensgestaltung/Ethik als „gleichrangige ordentliche Lehrfächer zu etablieren“. Die Einbeziehung der Lehrkräfte für den Religionsunterricht in die inhaltliche und organisatorische Planung in den Schulen sowie die Kooperation in den Integrationsphasen seien problematisch, eine gleichberechtigte Kooperation seitens des Bildungsministeriums nicht gewollt.

Es sei nicht gelungen, ein pädagogisches Konzept zu entwickeln, das die inhaltliche Arbeit im Blick auf die Thematisierung religiöser Fragestellungen unterstütze. Ankündigungen des Bildungsministeriums, LER zu ei-

Brandenburg: Neue Phase im Streit um den Religionsunterricht

Der Modellversuch „Lebensgestaltung-Ethik-Religion“ in Brandenburg ist abgeschlossen, als Schulversuch wird er zunächst weitergeführt. Die Evangelische Kirche zog sich aus dem Versuch zurück, das Erzbistum Berlin ist wieder Gesprächspartner des Staates. In den kommenden Monaten geht es verstärkt politisch um das weitere Schicksal dieses Sonderfalls von Religionsunterricht in den neuen Bundesländern.

Die Auseinandersetzung in Brandenburg um den Modellversuch „Lebensgestaltung, Ethik, Religion“ in der Sekundarstufe I (vgl. HK, Oktober 1992, 450f.) tritt in eine neue Phase. Mit Ende des Schuljahres 1994/95 läuft dieser aus. Nach dem Willen von Kultusministerin *Angelika Peter* (SPD) soll er im kommenden Schuljahr 1995/96 zunächst als „Schulversuch“ weitergeführt werden, bevor er dann – so die erklärte Absicht der Kultusministerin – zu einem späteren Zeitpunkt in ein entsprechendes Pflichtfach überführt werden soll.

44 Schulen des Landes Brandenburg mit insgesamt 7000 Schülern sowie 120 und Lehrern waren in den letzten drei Jahren an dem Modellversuch beteiligt. Teil des Versuchs ist die Unterscheidung von sogenannten Integrations- und Differenzierungsphasen; in den Differenzierungsphasen werden die Fächer Lebensgestaltung/Ethik

und Religion als ordentliche Fächer parallel angeboten. Die Schüler sind in diesen Phasen verpflichtet, sich für eines der beiden Fächer zu entscheiden.

Die Evangelische Kirche kündigt ihre Mitarbeit auf

Zentrales Anliegen von Modell- wie Schulversuch ist es, die Schüler, die am Religionsunterricht teilnehmen, nicht von denen zu trennen, die am Ethikunterricht als einem Ersatzfach teilnehmen: „Schülerinnen und Schüler verschiedener weltanschaulicher, religiöser und kultureller Prägung (beschäftigen) sich gemeinsam mit Fragen ihres eigenen Lebens, ihrer Persönlichkeit, des Zusammenlebens in Familie, Gruppe und Gesellschaft... und (setzen) sich dabei mit Fragen der Ethik, verschiedener Weltanschauungen und